



# Niedersächsischer Städtetag

Verband für Städte, Gemeinden und Samtgemeinden

Prinzenstraße 17, 30159 Hannover,

Tel.: 0511/36894-0, Fax: 0511/36894-30

Internet: <http://www.nst.de>, E-Mail: [post@nst.de](mailto:post@nst.de)

---

## NST-Info-Beitrag Nr. 5.13 / 2017

Az.: 33.60.08:079

Bearbeitet von: Frau Karnatz

Tel.-Durchwahl: 0511 / 3 68 94-14

E-Mail: [karnatz@nst.de](mailto:karnatz@nst.de)

Hannover, den 06.02.2017

### **Gemeinsame Empfehlungen zur Koordinierung der Sprachförderung auf der regionalen Ebene**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Arbeitsgruppe „Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt“ unter Federführung vom Nds. Wirtschaftsministerium (MW) werden seit 2015 aktuelle Themen und gemeinsame Vorgehensweisen für die Verbesserung der Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zwischen den beteiligten Akteuren auf der Landesebene besprochen. In der Arbeitsgruppe wirken das Nds. Wirtschaftsministerium (MW), das Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK), Regionaldirektion (RD), kommunale Spitzenverbände (KSV) und kommunale Praktiker mit. Über diese Arbeitsgruppe haben wir in der Vergangenheit bereits berichtet. Zuletzt hat die AG die „Empfehlungen zum Schnittstellen- und Übergangsmanagement bei der Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt“ im April 2016 entwickelt.

Bisher hat sich die AG überwiegend mit den Maßnahmen der beruflichen Integration befasst. Da jedoch ohne ausreichende Sprachkenntnisse eine Arbeitsmarktintegration nicht möglich ist, haben die AG-Mitglieder auch das Thema Sprachförderung in ihre Beratungen einbezogen und sind zu dem Entschluss gekommen, eine gemeinsame Empfehlung zur Koordinierung der Sprachförderung auf regionaler Ebene in einer Unterarbeitsgruppe gemeinsam entwickeln zu wollen. Insbesondere die kommunalen Praktiker haben die Notwendigkeit einer solchen Empfehlung betont.

Mittlerweile liegen die zwischen den beteiligten Akteuren abgestimmten Gemeinsamen Empfehlungen vor (**Anlage 1**). Diese Empfehlungen sind im engen Zusammenwirken mit den Ministerien und der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen entstanden. Am 18.01.2017 hat das Geschäftsführende Präsidium des NST den Inhalten der Gemeinsamen Empfehlungen zugestimmt. Im Vorfeld wurde der Sozial- und Gesundheitsausschuss in die Abstimmung einbezogen. Das unter allen Beteiligten abgestimmte Begleitschreiben erhalten Sie anliegend als **Anlage 2**.

Die Empfehlungen geben Hinweise auf die Umsetzung und Ausgestaltung der örtlichen Koordinierung der Sprachförderung. Auf einen Punkt bei diesem Papier wollen wir gesondert hinweisen: Obgleich die Zuwanderungs- und Integrationspolitik keine originär kommunale, sondern eine staatliche Aufgabe ist, liegt es im eigenen Interesse der Kommunen, ihre

Gestaltungspotentiale zur Integration der Zuwanderer einzubringen. Auf der kommunalen Ebene kulminieren sowohl die Probleme als auch die Erfolge von Integration. Die Kommunen sind schließlich die Orte, wo das tatsächliche Zusammenleben stattfindet und wo die Integration gestaltet werden kann. Aufgrund dessen, dass die Kommunen eine zentrale Rolle bei der Integration haben, ist die Empfehlung von der Grundidee geprägt, die Koordinierung der Sprachförderung vor Ort *unter kommunaler Federführung* zu gestalten. Die Hauptverantwortung soll auf der Kreisebene (kreisfreie Städte und Landkreise) liegen, die großen selbständigen Städte und andere kreisangehörige Kommunen sollen in den Koordinierungskreisen vor Ort mitwirken. Wir haben in der Vergangenheit auf die Notwendigkeit der Koordinierung der Integration vor Ort hingewiesen und die Einrichtung von Koordinierungskreisen unter kommunaler Federführung empfohlen. Viele Kommunen haben bereits solche Kreise gegründet und gestalten die gesellschaftliche und berufliche Integration der Flüchtlinge gemeinsam mit den beteiligten Akteuren vor Ort. Es erscheint sinnvoll und folgerichtig, dass die Aufgabe der Koordinierung der Sprachförderung ebenfalls von diesem Koordinierungskreis übernommen wird.

Für ein Gelingen der Koordinierung vor Ort ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unabdingbar. Aus diesem Grund werden auch die systematischen Gespräche mit dem BAMF auf der Landesebene fortgeführt, die in den Gesprächen vom 17.08.2016 und 13.12.2016 erste Fortschritte in der Problemanalyse und Deckung der Mangelsituation in Niedersachsen erbracht hat. Gleichwohl sind wir auf Hinweise bei fehlender Kooperation oder anderen gravierenden Problemen in der Zusammenarbeit mit dem BAMF auf Ihre Unterstützung angewiesen. Wir bitten entsprechende Hinweise oder Sachverhalte der Geschäftsstelle mitzuteilen, damit wir diese in die weiteren Gespräche einbinden können. Das BAMF ist nicht Mitherausgeber der Empfehlungen, wurde aber durch das Wirtschaftsministerium konsultativ beteiligt.

Wir bitten unsere Mitglieder darum, an der Umsetzung der Gemeinsamen Empfehlungen nachdrücklich mitzuwirken und uns Rückmeldung darüber zu geben, sofern die örtliche Koordinierung vor Ort auf besondere Probleme oder Widerstände trifft.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrage

gez. *Marina Karnatz*  
Referentin

**Anlagen**